

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

quod erat demonstrandum. Was zu beweisen war. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie sind Wissenschaftler. Mit Sicherheit haben Sie in Ihrer wissenschaftlichen Karriere unzählige Beweise geführt, dieses kleine Sätzchen oft gehört, noch öfter die drei kleinen Buchstaben „q.e.d.“ an das Ende Ihrer Arbeit setzen können. Den vielleicht ersten vollständigen Beweis Ihrer politischen Karriere haben Sie, so meine Vermutung, jedoch gänzlich unbewusst geführt. Ich bin darauf auch erst kürzlich, bei der Vorbereitung meiner Haushaltsrede, gestoßen.

Vor genau fünf Jahren habe ich genau an dieser Stelle bei der Haushaltsrede zu einem Zitat angesetzt, das wie folgt lautet:

*„Die Bürgerinnen und Bürger werden überschätzt in ihrem Wissen und unterschätzt in ihrer Urteilskraft.“*

Das Zitat stammt von Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Ich hatte es verwendet, um uns kommunalpolitisch Handelnden im Allgemeinen und der Verwaltungsspitze im Besonderen meine Lesart mit auf den Weg zu

geben, die da lautete: „Wer ein Konzept hat, wer gute Argumente vorbringen kann, wer sich die Zeit nimmt, zu vermitteln, der braucht sich vor dem Urteil der Bürgerinnen und Bürger nicht fürchten.“

Sie waren damals noch nicht Mitglied des Rates und haben, wie ich denke, weder das Zitat noch meine Interpretation gekannt. Sie haben aber fünf Jahre später Anfang dieses Jahres genau diesen Beweis angetreten: Wer ein Konzept hat, wer gute Argumente vorbringen kann, wer sich vor allem die Zeit nimmt, zu vermitteln, der braucht sich vor dem Urteil der Bürgerinnen und Bürger nicht fürchten! An dieser Stelle nochmals meinen herzlichen Glückwunsch zu dieser Leistung, zu Ihrer Wahl als Oberbürgermeister, herzlichen Glückwunsch zum ersten Haushalt der Stadt Böblingen, der Ihre Handschrift trägt.

Konzeption, Argumentation, Vermittlung – ein Dreischritt des politischen Handwerks, von dem ich mir wünsche, dass Sie als gesamte Verwaltungsspitze ihn nie vernachlässigen werden – nicht gegenüber der Bürgerschaft und nicht gegenüber dem Gemeinderat.

In den Haushaltsberatungen gab es dieses Jahr vernehmlichen Unmut über den Beratungs- und Entscheidungsprozess. Wir sind als Fraktion der Überzeugung, dass der eingeschlagene Weg der Verwaltung richtig ist. Eine sinnvolle Beschlussfassung muss auf einer sinnvollen Vorbereitung aufbauen. Viel zu oft haben wir uns als Rat in den letzten Jahren damit zufrieden gegeben, dass unsere Anträge quasi allesamt in den Haushalt des nächsten Jahres aufgenommen wurden, dann aber überhaupt nichts passiert ist. Weil die Verwaltung nicht wollte oder nicht konnte. Alle unsere Anträge zur Sauberkeit in der Stadt, die Anträge zum Radverkehr und der Mobilität insgesamt, der Klimaschutz, die Fortschreibung des

Stadtleitbildes, und und und... Uns ist es allemal lieber, wenn ein Antrag erst einmal nicht beraten wird, weil erst noch Informationen eingeholt werden müssen, er dann aber unter dem Jahr ernsthaft aufgegriffen wird. Wir haben Vertrauen, dass Sie die in Arbeitsgruppen delegierten und verschobenen Anträge ernsthaft prüfen und Vorlagen erarbeiten. Wir werden Sie aber natürlich daran auch messen.

Die Arbeit in Arbeitsgruppen wird ob der Komplexität und Fülle an Themen in der Stadt wichtiger. Gerade weil in den letzten Jahren an komplexen Themen sehr vieles liegen geblieben ist, kommen wir mit dem Prinzip Vorberatung im Ausschuss und Beschlussfassung im Gemeinderat nicht mehr ausschließlich hin. Es ist deshalb gut und richtig, dass wir als Fraktionen Expertinnen und Experten in Arbeitsgruppen entsenden, in denen sie sich intensiv mit der Verwaltung zu Einzelthemen auseinandersetzen. Dabei sind zwei Bedingungen aber wichtig:

Erstens: Die Arbeitsgruppen dürfen nicht wie in der Vergangenheit dazu genutzt werden, für die Verwaltung unliebsame Themen auf die lange Bank zu schieben, Stichwort AG Mobilität. Das darf nicht mehr passieren! Und zweitens ist klar, dass gilt: Die Ausschüsse und der Gemeinderat sind die Entscheidungsgremien, „hier spielt die Musik“, wie es der geschätzte Kollege Grotz im Verwaltungsausschuss deutlich gemacht hat. In den AGs wird nicht determiniert, sondern vorbereitet. Es wird nichts vorweggenommen und es wird nichts im kleinen Kreis abgesprochen, das dann nicht mehr Teil der Gremienberatung ist. Wenn wir aber als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte schon in Arbeitsgruppen gemeinsam mit der Verwaltung am Notentext für die spätere Musik schreiben – um im musikalischen Bild von Peter Grotz zu bleiben –, also die Diskussions- und

Entscheidungsgrundlagen mit erarbeiten, dann ist es doch eine Chance für uns als Gremium, konstruktive Stärke zu beweisen.

Eine konstruktive Stärke, die wir – nach einer inhaltlichen Initialzündung von Kollegin Spruth-Müller und einer Einladung der SPD-Fraktion – interfraktionell beim Thema Kita-Gebühren gezeigt haben. Im Bewusstsein, dass dieses große Rad nur gemeinsam zu drehen ist, ist ein interfraktioneller Antrag entstanden, ein klassischer Kompromissantrag, der eine inhaltliche Schnittmenge von vier Partnern – Freie Wähler, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP – enthält, die alle von verschiedenen Positionen kommen. Es ist kein Wunder, dass der Kompromiss eine große inhaltliche Schnittmenge mit dem Antrag der CDU-Fraktion enthält, war es doch erklärtes Ziel aller Partner, einen Antrag über alle Fraktionen hinweg hinzukriegen. Bedauerlicherweise war dies nicht möglich. Es bleibt aber zu hoffen, dass wir inhaltlich bei der Beratung im kommenden Jahr die große inhaltliche Schnittmenge zwischen dem interfraktionellen Antrag und dem Antrag der CDU betonen und daran festhalten. Eines ist aber auch klar: Eine Grundsteuererhöhung, wie von der CDU gefordert, schließen wir aus. Das Kompromissmodell des interfraktionellen Antrags ist auf absehbare Zeit aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Sollte der Gesamthaushalt – die Betonung liegt auf Gesamthaushalt – irgendwann einmal wieder in schwierigere Fahrwasser geraten, ist zu *diesem* Zeitpunkt über mögliche Konsolidierungsmaßnahmen zu entscheiden. Eine Präventiv-Steuererhöhung, letztendlich um heute die geplanten Zuführungen in die Rücklagen zu sichern, für die wir ohnehin keine Zinsen erhalten, ist absurd. Noch absurder ist es, wenn durch die Grundsteuer dann Wohnen verteuert wird, das ohnehin in Böblingen schon teuer genug ist.

Natürlich haben wir uns als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in diesem Jahr intensiv in die Haushaltsberatungen mit unseren eigenen Anträgen und unseren politischen Schwerpunkten eingebracht. Böblingen sauberer, sicherer, mobiler und ökologischer zu machen, ist und bleibt unser Anspruch.

Erneut stellen wir als Fraktion den Antrag, mehr finanzielle Mittel für die Sauberkeit in unserer Stadt bereitzustellen. Dieser Antrag zeigt genau das anfangs beschriebene Problem auf: Vor zwei Jahren stellten wir diesen Antrag, er wurde angenommen, 20.000 Euro wurden in den Haushalt eingestellt und nichts ist passiert. Wir konnten zu den Haushaltsberatungen jubilieren und die Verwaltung loben. Geholfen war dann aber niemandem, weil die Verwaltung nicht handelte. Das erzeugt nur Frust bei allen Beteiligten. Wenn jetzt aufgrund der vielen Anträge aus den Fraktionen zu diesem Thema erst einmal ein Konzept erarbeitet werden soll, dann aber auf dieser Basis wirklich gehandelt wird, dann ist uns das allemal lieber.

Verkehrssicherheit ist nicht nur, aber besonders vor Kindertagesstätten und Schulen von größter Bedeutung. Seit vielen Jahren fordern wir als Fraktion konsequent Tempo 30 vor Schulen und Kindergärten. Wir beantragen auch in diesem Jahr, dass zur Erhöhung der Sicherheit die Geschwindigkeit im Bereich von Schulen und Kindergärten auf Tempo 30 beschränkt wird. Und dies darf nicht nur direkt am Schulgebäude liegende Straßen betreffen, sondern muss auch viel frequentierte Schulwege umfassen. Vor allem aber sind auch entsprechende bauliche Maßnahmen umzusetzen, die zur Verringerung der Geschwindigkeit des Verkehrs beitragen. Denn ein Verkehrsschild alleine macht – das muss man leider so sagen – noch keine sichere Straße.

Und um ehrlich zu sein, erwarten wir insgesamt beim Thema Verkehrsberuhigung auch durch Geschwindigkeitsreduktion mehr Beweglichkeit von der Verwaltung. Wenn allerorts um uns herum teils flächendeckend, aber mindestens schwerpunktmäßig Tempo 30 auf allen möglichen Straßen eingerichtet wird, dann werden die Lamenti der Vergangenheit aus den betreffenden Ämtern, man würde ja gerne, könnte das bei uns aber einfach nicht umsetzen, immer unglaubwürdiger.

Mobilität steht für Bewegung. Damit der ruhende Verkehr nicht die Mobilität auf innerstädtischen Straßen verhindert, fordern wir ein Parkierungskonzept für Böblingen und Dagersheim und eine Böblingen-Park-Karte, damit in städtischen Parkhäusern schnell, bequem und bargeldlos geparkt werden kann. Auch das läuft eher unter dem Motto: Weniger Bedenken tragen und mehr aus der Nachbarschaft lernen. Wenn man sieht wie einfach und bequem in Sindelfingen schon viele Jahre das Parkengebührenmanagement in den Tiefgaragen organisiert ist, dann sollten wir hier einfach auch mal Tempo machen. Und gleich ein sinnvolles Parkleitsystem mit einrichten, um den oberirdischen Parksuchverkehr zu reduzieren.

Unter dem neuen Oberbürgermeister nimmt die AG Mobilität ihre Arbeit auf und die Hoffnung ist groß, dass die Arbeit in dieser AG hält, was sie verspricht. Wir sind optimistisch und beteiligen uns natürlich weiter ganz intensiv an der Verbesserung der verkehrlichen Situation in Böblingen im Allgemeinen, aber natürlich auch der Situation des Radverkehrs im Besonderen. Die Zweiradmobilität wollen wir unter anderem mit Fahrradsammelgaragen an den wichtigen ÖPNV-Punkten in der Stadt fördern. Die sinnvolle Vernetzung verschiedener Verkehrsträger ist eine der ganz großen Zukunftsaufgaben für moderne Mobilität. Mit dem Fahrrad

zum Bahnhof und mit der Bahn weiter, z.B. in die Arbeit. Wir glauben, dass hier noch große Potentiale liegen. Dafür bedarf es aber noch mehr bequemer und sicherer Abstellmöglichkeiten. Die Verbindung vom Flugfeld ins Schwippetal muss durch eine Brücke gewährleistet werden, um Böblingen und Dagersheim besser zu verbinden.

Die Verbesserung des Radverkehrs ist nicht nur eine quantitative Frage im Sinne von mehr Radwegen. Die qualitative Frage – also sinnvolle Führungen und eine sichere Ausgestaltung – ist genauso wichtig. Wir fordern deshalb, dass die Stadt eine Selbstverpflichtung abgibt, mit den ERA 2010, also den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, bei allen Maßnahmen das in Deutschland gültige technische Regelwerk für die Planung, den Entwurf und den Betrieb von Radverkehrsanlagen einzuhalten.

Reden wir zu guter Letzt noch über das Wetter. Dass wir am vergangenen Wochenende Minusgrade und etwas Schnee gesehen hatten, war wahrscheinlich so fast das einzige Wetterereignis dieses Jahr, dem man eine gewisse Normalität unterstellen kann. Es war wieder ein außergewöhnliches Wetterjahr. Wie letztes Jahr und vorletztes Jahr und und... Nur wenigen Menschen auf dieser Welt – leider scheinen es aber derzeit eher wieder mehr zu werden – kann doch verborgen bleiben, dass die allmähliche Gewöhnung an das Außergewöhnliche etwas mit dem Klima zu tun haben muss. Wir müssen unser möglichstes tun, um dem Klimawandel zu begegnen, wir müssen uns aber auch dem Klima anpassen. Die vermehrten Starkregenereignisse und ihre Folgen sind ein solches drängendes Thema. Dass die Verwaltung hier unserem Antrag folgt und ein Starkregenisikomanagement erarbeitet, ist ein wichtiger Schritt.

Die Verwaltung hat sich ein großes Arbeitsprogramm auferlegt. Wir als Gemeinderat haben unsere Vorstellungen und Ideen eingebracht und einiges an Arbeit hinzugefügt. Es bedarf einer starken Verwaltung, um dieses Arbeitspensum zu leisten. Natürlich ist der von der Verwaltung vorgeschlagene Stellenplan in seiner Quantität – sagen wir – beeindruckend. Die Verwaltung hat uns in den Beratungen zum Haushalt überzeugt, dass sie weiß, wie sie diese Stellen einsetzen wird. Sie hat uns überzeugt, dass die Verwaltungsqualität steigen wird. Um es klar zu sagen: Dieser Stellenplanbeschluss ist ein Vertrauensvorschuss an die Verwaltungsspitze. Wir haben Vertrauen darin, dass Sie ein schlüssiges Gesamtkonzept für die strukturellen Veränderungen haben und dass Sie mit einem starken Team das große Arbeitsprogramm bewältigen werden. Dies muss aber auch sichtbar werden, Sie werden liefern müssen!

Konzeption, Argumentation, Vermittlung – der vorgelegte Haushalt 2019 spricht diese Sprache. Wir können Ihnen folgen, wir werden Ihnen auf diesem Weg folgen. Treten wir gemeinsam den Beweis an, dass diese Politik in Böblingen erfolgreich sein kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.